



Inhalt	Seite
Verordnung d. Landeshauptstadt München ü. d. Festsetzung d. örtl. Regelsätze, nach denen d. Sozialhilfe z. Lebensunterhalt außerhalb v. Anstalten u. Heimen bemessen wird (Regelsatzfestsetzungsverordnung) v. 24. April 2008	413
Bekanntmachung Bauleitplanverfahren - Beteiligung d. Öffentlichkeit - hier: Gelegenheit z. Information u. Äußerung z. Bauleitplanung gem. § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 d. Baugesetzbuches (BauGB) - Beschleunigtes Verfahren - Stadtbez. 17 Obergiesing Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1983 Giesinger Bahnhofplatz (südl.), Bahnlinie München Ost – Deisenhofen (westl.), Chiemgaustr. (nördl.), Schwanseestr. (östl.) (Teiländerung d. Bebauungsplanes Nr. 1586)	414
Bekanntmachung Bauleitplanverfahren - Beteiligung d. Öffentlichkeit - hier: Gelegenheit z. Information u. Äußerung z. Bauleitplanung gem. § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 d. Baugesetzbuches (BauGB) - Beschleunigtes Verfahren - Stadtbez. 13 Bogenhausen Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2003 Arabellastr. 30 (Änderung d. Bebauungsplanes Nr. 3 c, 3. Teilbereich)	415
Bauleitplanverfahren – Beteiligung d. Öffentlichkeit – - Beschleunigtes Verfahren gem. § 13 a BauGB - hier: Öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 d. Baugesetzbuches (BauGB) vom 09.05.2008 mit 10.06.2008 Stadtbez. 22 Aubing-Lochhausen-Langwied Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2005 Industriestr. (zwischen Bergson- und Lidelstr.), Bergsonstr. (östlich Industriestr.), Huisler-, Hohenrechbergstr. u. Mariabrunner Str. (zw. Bergson- und Huislerstr. sowie nördl. Kastelburgstr.) - Straßenverkehrsflächen, Anpassung v. Baugrenzen -	415
Bauleitplanverfahren - Beteiligung d. Öffentlichkeit - hier: Frühzeitige Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 d. Baugesetzbuches (BauGB) Stadtbez. 14 Berg am Laim Für d. Planungsgebiet Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1980 Hansjakobstr. (nördl.), Roßsteinstr. (östl.), Hohenburgstr. (südl.)	416
Grundsteuer u. Gewerbesteuvorauszahlungen f. d. Fälligkeit am 15. Mai 2008	417

Öffentl. Versteigerung v. Fundfahrrädern; Öffentl. Bekanntmachung gem. §§ 980, 981, 983, 384 BGB	417
Verlust eines Dienstaussweises	417
<hr/>	
Nichtamtlicher Teil	
Buchbesprechungen	417

**Verordnung
der Landeshauptstadt München
über die Festsetzung der örtlichen Regelsätze, nach denen
die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstal-
ten und Heimen bemessen wird
(Regelsatzfestsetzungsverordnung)
vom 24. April 2008**

Die Landeshauptstadt München erlässt aufgrund des § 1 Satz 1 der Verordnung zur Ausführung sozialhilferechtlicher Vorschriften (AVSV) vom 28.06.1994 (GVBl. S. 505), geändert durch Verordnungen vom 20.06.1995 (GVBl. S. 303), vom 04.04.2000 (GVBl. S. 176), vom 02.06.2003 (GVBl. S. 363), Gesetz vom 07.08.2003 (GVBl. S. 497/499, ber. S. 673), Verordnungen vom 15.12.2004 (GVBl. S. 546), vom 07.06.2005 (GVBl. S. 186), vom 20.06.2006 (GVBl. S. 331), vom 11.12.2006 (GVBl. S. 1013), vom 15.12.2006 (GVBl. S. 1083) und vom 15.06.2007 (GVBl. S. 393), folgende Verordnung:

§ 1

Die Regelsätze, nach denen die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten und Heimen bemessen wird, werden für den Zeitraum ab 1. Mai 2008 auf folgende Beträge festgesetzt:

- | | |
|--|---------------|
| 1. für den Haushaltsvorstand
und Alleinstehenden (100%) | mtl. 371,00 € |
| 2. für Ehe-/Lebenspartner (90%) | mtl. 334,00 € |
| 3. bis Vollendung des
14. Lebensjahres (60%) | mtl. 223,00 € |
| 4. ab Vollendung des
14. Lebensjahres (80%) | mtl. 297,00 € |

§ 2

Diese Verordnung tritt zum 1. Mai 2008 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 30. Juni 2008 außer Kraft.

Der Stadtrat hat die Satzung am 16. April 2008 beschlossen.

München, 24. April 2008

Christian Ude
Oberbürgermeister

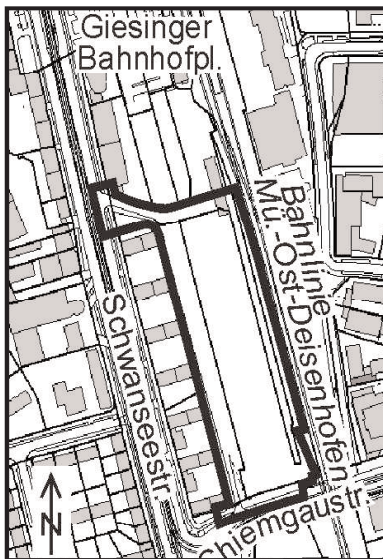
**Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt.
Es wird keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.**

Aufgrund der Durchführung des beschleunigten Verfahrens wird der Flächennutzungsplan gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB nachträglich im Wege der Berichtigung angepasst.

Bekanntmachung

**Bauleitplanverfahren - Beteiligung der Öffentlichkeit -
hier: Gelegenheit zur Information und Äußerung
zur Bauleitplanung gemäß § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2
des Baugesetzbuches (BauGB)
- Beschleunigtes Verfahren -**

Stadtbezirk 17 Obergiesing



Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1983
Giesinger Bahnhofplatz (südlich),
Bahnlinie München Ost - Deisenhofen (westlich),
Chiemgaustraße (nördlich),
Schwannseestraße (östlich)
(Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 1586)

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1586 soll für das genannte Gebiet geändert werden. Dabei soll an die Stelle der gewerblichen Nutzung entlang der Bahnlinie Wohnnutzung treten.

Mit der vorgesehenen Planung zwischen der Wallbergstraße, der Bahnlinie München Ost - Deisenhofen, der Chiemgaustraße und der Schwannseestraße soll

- diese innerstädtische Brachfläche einer höherwertigen und intensiven Nutzung zugeführt werden,
- in diesem Bereich der Wohnstandort gestärkt werden,
- eine städtische Kante zur Bahn und zur Chiemgaustraße entstehen,
- die Lärmbelastung für die bestehende, angrenzende Wohnbebauung an der Schwannseestraße vermindert werden,
- durch Freihaltung der inneren Bereiche für Grünflächen (privat und öffentlich) die Freiraumversorgung verbessert werden
- der Naturhaushalt, insbesondere die klimatische Situation, gestärkt werden.

Die Unterlagen, aus denen sich die Öffentlichkeit zu den allgemeinen Zielen und Zwecken sowie wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann, werden vom **6. Mai 2008 mit 20. Mai 2008** an folgenden Stellen zur Einsicht bereitgelegt:

1. beim **Planungsreferat**, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071
(Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a -) von Montag mit Freitag von 6:30 Uhr bis 20:00 Uhr,
2. bei der **Bezirksinspektion Süd**, Implersstraße 9
(Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Freitag von 7:00 Uhr bis 12:00 Uhr),
3. bei der **Stadtteilbibliothek Obergiesing**, Schlierseestraße 47
(Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Mittwoch von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr).

Äußerungen können während dieser Frist bei oben genannten städtischen Dienststellen vorgebracht werden. Diese werden überprüft und fließen dann in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen wird durch den Stadtrat getroffen.

Die Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren sind auch im Internet unter der Adresse www.muenchen.de/plan zu finden.

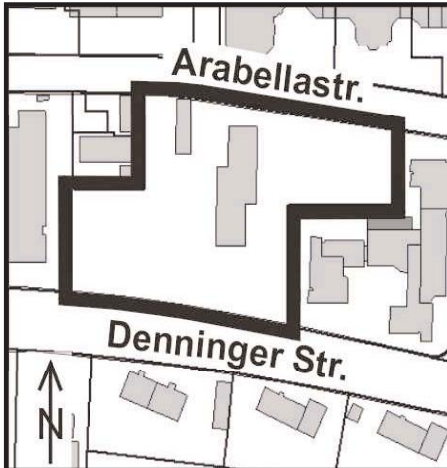
München, 15. April 2008

Referat für Stadtplanung
und Bauordnung

Bekanntmachung

Bauleitplanverfahren - Beteiligung der Öffentlichkeit - hier: Gelegenheit zur Information und Äußerung zur Bauleitplanung gemäß § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) - Beschleunigtes Verfahren -

Stadtbezirk 13 Bogenhausen



Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2003 Arabellastraße 30 (Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 c, 3. Teilbereich)

Für das genannte Gebiet ist eine Nachverdichtung mit einem neuen Bürogebäude, einem kleinen Anteil an Wohnungen und einer integrierten Kinderkrippe vorgesehen.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt. Es wird keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Die Unterlagen, aus denen sich die Öffentlichkeit zu den allgemeinen Zielen und Zwecken und wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren kann, werden vom **5. Mai 2008 mit 20. Mai 2008** an folgenden Stellen zur Einsicht bereitgehalten:

1. beim **Planungsreferat**, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071 (Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a -) von Montag mit Freitag von 6:30 Uhr bis 20:00 Uhr,
2. bei der **Bezirksinspektion Ost**, Trausnitzstraße 33 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Freitag von 7:00 Uhr bis 12:00 Uhr),
3. bei der **Stadtteilbibliothek Bogenhausen**, Rosenkavaliertplatz 16 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Mittwoch von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr).

Äußerungen können während dieser Frist bei oben genannten städtischen Dienststellen vorgebracht werden. Diese werden überprüft und fließen dann in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen wird durch den Stadtrat getroffen.

Die Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren sind auch im Internet unter der Adresse www.muenchen.de/plan zu finden.

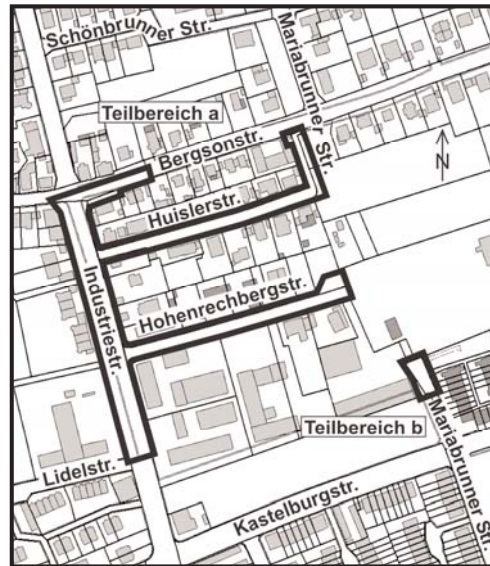
München, 17. April 2008

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Bekanntmachung

Bauleitplanverfahren – Beteiligung der Öffentlichkeit – Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB - hier: Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 9. Mai 2008 mit 10. Juni 2008

Stadtbezirk 22 Aubing-Lochhausen-Langwied



Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2005 Industriestraße (zwischen Bergson- und Lidelstraße), Bergsonstraße (östlich Industriestraße), Huisler-, Hohenrechbergstraße und Mariabrunner Straße (zwischen Bergson- und Huislerstraße sowie nördlich Kastelburgstraße) - Straßenverkehrsflächen, Anpassung von Baugrenzen -

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung liegt beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071 (Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a -), vom **9. Mai 2008 mit 10. Juni 2008**, Montag mit Freitag von 6:30 Uhr bis 20:00 Uhr, öffentlich aus. Stellungnahmen können während der genannten Frist abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zur Einleitung einer Normenkontrolle unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Ausle-

gung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Die Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren sind auch im Internet unter der Adresse www.muenchen.de/plan zu finden.

Hinweis zur Abgabe von Stellungnahmen:

Zum Nachweis des fristgemäßen Eingangs einer Stellungnahme wird **für die letzten Tage der Auslegung empfohlen**, den Sonderbriefkasten am Rathaus, Marienplatz 8 (neben dem Auskunftsschalter am Eingang Fischbrunnen), zu benutzen.

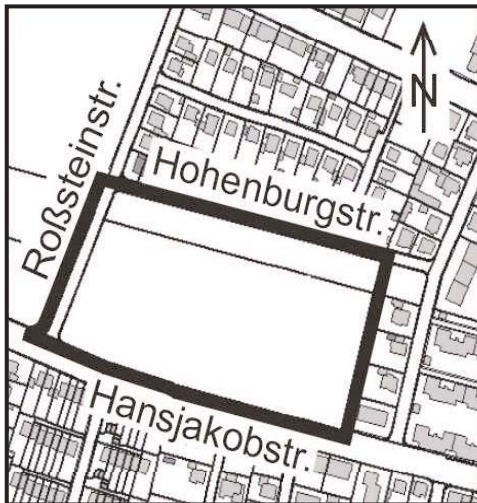
München, 17. April 2008

Referat für Stadtplanung
und Bauordnung

Bekanntmachung

Bauleitplanverfahren - Beteiligung der Öffentlichkeit - hier: Frühzeitige Unterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)

Stadtbezirk 14 Berg am Laim



Für das Planungsgebiet

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1980
Hansjakobstraße (nördlich),
Roßsteinstraße (östlich),
Hohenburgstraße (südlich)

wird die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit vom **6. Mai 2008 mit 6. Juni 2008** durchgeführt.

Im Planungsgebiet ist eine Wohnnutzung mit einer städtebaulich anspruchsvollen, sich in die Umgebung einfügenden, verdichteten und wirtschaftlich angemessenen Bebauung vorgesehen.

Weiterhin soll nach derzeitiger Bedarfsprognose eine Kindertageseinrichtung (zwei Kindergartengruppen, zwei Krippengruppen, eine Hortgruppe) untergebracht werden.

Die verkehrliche Erschließung soll über die Hansjakobstraße und die Roßsteinstraße erfolgen.

Für die Erholungsversorgung der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner ist im Nordteil des Planungsgebietes eine vielfältig nutzbare öffentliche Grünfläche geplant.

Die Planunterlagen mit Beschreibung werden zur Einsicht vom 6. Mai 2008 mit 6. Juni 2008 an folgenden Stellen öffentlich dargelegt:

1. beim **Planungsreferat**, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071 (Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a -), von Montag mit Freitag von 6:30 Uhr bis 20:00 Uhr,
2. bei der **Bezirksinspektion Ost**, Trausnitzstraße 33 (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Freitag von 7:00 Uhr bis 12:00 Uhr),
3. bei der **Stadtteilbibliothek Berg am Laim**, Schlüsselbergstraße 4 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Mittwoch von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr).

Die Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren sind auch im Internet unter der Adresse www.muenchen.de/plan zu finden.

Frau Herbst, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Zi.Nr. 444, Tel. 233-22425 steht für Auskünfte und Einzelerörterungen während der Dienstzeit Montag mit Freitag von 9:30 Uhr bis 12:30 Uhr zur Verfügung. Termine außerhalb dieses Zeitraumes können telefonisch vereinbart werden.

Eine öffentliche Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung findet während der Unterrichtsfrist statt

am Mittwoch, 28. Mai 2008 um 19:00 Uhr im Pfarrsaal St. Michael, Baumkirchner Straße 26 (Am Grünen Markt).

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger werden hierzu eingeladen.

Äußerungen können bis zum 9. Juni 2008 bei oben genannten städtischen Dienststellen vorgebracht werden. Diese werden überprüft und fließen dann in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen wird durch den Stadtrat getroffen.

München, 17. April 2008

Referat für Stadtplanung
und Bauordnung

Grundsteuer und Gewerbesteuervorauszahlungen für die Fälligkeit am 15. Mai 2008

Die Stadtkämmerei erinnert alle Steuerpflichtigen daran, dass die für das **II. Quartal 2008** fällig werdenden Grundsteuern und Gewerbesteuervorauszahlungen bis spätestens

15. Mai 2008

an das Kassen- und Steueramt zu entrichten sind.

Durch die rechtzeitige Begleichung der Schuldigkeiten werden Säumniszuschläge, Mahngebühren und Kosten für weitere Maßnahmen vermieden.

Diese Erinnerung ist nicht zu beachten, wenn das Kassen- und Steueramt bereits zur Abbuchung ermächtigt ist oder eine entsprechende Ermächtigung spätestens am **09.05.2008** beim Kassen- und Steueramt eingeht.

Bei eigenen Einzahlungen bzw. Überweisungen bitten wir unbedingt die - im letzten Bescheid angeführte - **dreizehnstellige** Kassenkonto-Nummer anzugeben.

Die Stadt München bedankt sich bereits an dieser Stelle für eine pünktliche Zahlung, die hilft, die vielfältigen Aufgaben zum Wohl der Münchner Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin erfüllen zu können.

Abschließend noch ein Hinweis:

Die Teilnahme am Abbuchungsverfahren erspart den Zahlungspflichtigen die lästige Terminüberwachung und dem Kassen- und Steueramt zusätzlichen Aufwand.

Konten des Kassen- und Steueramtes bei Geldinstituten in München

Postbank München	Kto.-Nr. 919803	BLZ 700 100 80
Stadtsparkasse München	Kto.-Nr. 203000	BLZ 701 500 00
HypoVereinsbank München	Kto.-Nr. 81300	BLZ 700 202 70

München, 11. April 2008
Landeshauptstadt München
Stadtkämmerei
Kassen- und Steueramt

**Öffentliche Versteigerung von Fundrädern;
Öffentliche Bekanntmachung gemäß §§ 980, 981, 983,
384 BGB**

Das Münchner Fundbüro führt am **Mittwoch, 21. Mai 2008** ab 9.00 Uhr eine Versteigerung von Fundrädern durch.

Zur Versteigerung kommen alle bis 31.10.2007 eingegangenen, nicht abgeholten Fundfahräder.

Die Fahrräder sind gebraucht, nicht gewartet und werden ohne Gewährleistung für deren Beschaffenheit und Vollständigkeit gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert.

Vorbesichtigung: **nur** am Versteigerungstag, **21. Mai 2008** von 8.30 bis 9.00 Uhr.

Ort: Oetztaler Straße 19, Innenhof, 81373 München-Sendling
MVV: U6 Harras oder Partnachplatz, S7/S27 Harras,
StadtBus 134 Ortlerstraße

Öffnungszeiten Fahrraddepot: **nur** dienstags von 8.00-12.00 Uhr

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter: www.muenchen.de, Rathaus A-Z, Stichwort Fundbüro.

München, 17. April 2008

Kreisverwaltungsreferat
Hauptabteilung I
Sicherheits- und
Ordnungsangelegenheiten
Fundangelegenheiten
KVR-I/23

Verlust eines Dienstauses

Der Dienstaues Nr. 01/3028, ausgestellt am 15.06.2004 für Frau Julia Kliemt, ist abhanden gekommen.

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.
Vor Missbrauch wird gewarnt.

München, 15. April 2008

Landeshauptstadt München
Direktorium
Geschäftsleitung

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen

Der Internationale Erbfall. Erbrecht, Internationales Privatrecht, Erbschaftsteuerrecht. Hrsg. von Hans Flick und Detlev J. Piltz. -2. Aufl. - München: Beck, 2008. XXXIII, 572 S. ISBN 978-3-406-55231-1; € 98.-

Die Zahl der Erbfälle mit Auslandsbezug ist ständig im Steigen begriffen, zum einen liegt Auslandsvermögen in den Händen von Inländern, zum anderen wird Inlandsvermögen von Ausländern gehalten. Die entscheidenden Vermögensarten sind hierbei Grundvermögen, unternehmerisches Vermögen und liquides Vermögen jeglicher Art. Der Vermögensübergang mit Auslandsberührung ist komplizierter als der Übergang von Inlandsvermögen.

Das Handbuch gliedert sich in die Hauptteile "Internationales Erbrecht" und "Internationales Erbschaftsteuerrecht". In beiden Abschnitten wird jeweils auf die Rechtslage in Deutschland sowie in den anderen Ländern eingegangen. Die Länderdarstellungen umfassen die Länder Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, Spanien, Südafrika, USA. Die länderspezifischen Besonderheiten werden unter Berücksichtigung Internationaler Abkommen erläutert.

Die Neuauflage berücksichtigt das Grünbuch der Europäischen Kommission zum Erb- und Testamentsrecht, die Auswirkungen der Rechtsprechung des BVerfG auf internationale Pflichtteils-klauseln, die Vererbung von Anteilen an ausländischen Gesellschaften, die Neuregelungen zum Recht der Lebenspartner-schaften und die Neuregelungen zur Behandlung internationaler Adoptionen.

Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa. Materialien und Rechtssammlung zum Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrenrecht. Hrsg. von Kurt Schelker. Bearb. von Martin Schelker. - 117. Erg.-Liefg. - Stand: 1. Nov. 2007 - Kronach: Link, 2008. - Loseblattausg. in 5 Ordnern - ISBN 978-3-556-00919-1; Grundwerk € 210.-

Neben dem Verwaltungsverfahrensgesetz enthält dieses Werk eine umfangreiche Sammlung von bundes- und landesrechtlichen Vorschriften. Ausführlich behandelt wird darüber hinaus das Recht der Europäischen Union.

Die Lieferung umfasst die Neubekanntmachung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 18.2.2007 und die Aktualisierungen im Melde-recht einschließlich der geänderten Meldedatenverordnung von Bayern. Im Landesrecht Bayern wird der Erlass des Ministerpräsidenten über die Stellvertretung der Mitglieder der Staatsregierung und das Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz neu abgedruckt. Darüber hinaus sind aus anderen Bundesländern einschlägige Gesetzestexte aktualisiert.

Handelsgesetzbuch mit GmbH & Co., Handelsklauseln, Bank- und Börsenrecht, Transportrecht (ohne Seerecht). Bearb. von Klaus J. Hopt und Hanno Merkt. Begr. von Adolf Baumbach. - 33., neubearb. und erw. Aufl. - München: Beck, 2008. LV, 2205 S. (Beck'sche Kurz-Kommentare; 9) ISBN 978-3-406-56564-9; € 78.-

Der bewährte Kommentar erläutert prägnant das HGB. Die Neuauflage berücksichtigt die lebhaft entwickelte Entwicklung des Handels-, Gesellschafts- und Bankrechts u.a.:

- die aktuellen Änderungen der IAS, IFRS und IFRIC
- das SCE-Einführungsgesetz
- das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister
- das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (TUG)
- das Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz (FRUG)
- die Neufassung der AGB für Wertpapiergeschäfte.

Im Anhang sind mehr als 20 Nebengesetze oder Auszüge zum Gesellschafts-, Bank- und Transportrecht abgedruckt und teilweise kommentiert.

Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII. Ausgabe 2008/I. Mit Durchführungsverordnungen, Sozialgerichtsgesetz (SGG) und den besonderen Teilen des SGB: BAföG, RVO, BVG, BKGG, WoGG, BEEG. - Regensburg: Walhalla, 2008. 1499 S. ISBN 978-3-8029-7422-9; € 19,90.

Das vollständige Regelwerk der sozialen Sicherung erscheint hier in ungekürzter Fassung. Das Buch enthält alle Sozialgesetzbücher mit dem aktuellen, vollständigen Gesetzestext einschließlich aller Änderungen mit Stand vom 1.1.2008. Aufgenommen sind zudem für die Praxis wichtige Durchführungsverordnungen, das Sozialgerichtsgesetz und die besonderen Teile des SGB.

Die aktualisierte Neuauflage berücksichtigt u.a. die schrittweise Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre, die ab 2008 Auswirkungen auf eine Vielzahl von Sozialleistungen bzw. sozialrechtliche Vorschriften hat sowie neue arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente im SGB II und SGB III.

Die Textsammlung wird halbjährlich durch eine Neuauflage aktualisiert.

Emmerich, Volker und Mathias Habersack: Aktien- und GmbH-Konzernrecht. - 5., überarb. Aufl. - München: Beck, 2008. XVII, 874 S. ISBN 978-3-406-55915-0; € 120.-

Das Werk enthält eine Kommentierung der aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen. Im Einzelnen handelt es sich um Definitionsnormen in den §§ 15 - 19 AktG, die Vorschriften der §§ 20 - 22 AktG über Mitteilungspflichten und diejenigen der §§ 291 - 328 AktG über Unternehmensverträge, einfache Abhängigkeiten, Eingliederung und wechselseitige Beteiligungen.

Die Neuauflage berücksichtigt das Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (TUG), das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG), und das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG). Die Autoren erläutern die konzernrechtsrelevanten Teile des Wertpapiererwerbs- und Gesellschaftsrechts (WpÜG), insbesondere hinsichtlich der Abwehrmaßnahmen der Zielgesellschaft und zum Pflichtangebot. Das Werk bietet eine vertiefte und erweiterte Kommentierung des Spruchverfahrensgesetzes und liefert Aktualisierungen zum Ausschluss von Minderheitsaktionären sowie zur Unternehmensbewertung.

Steuer 2008 für Unternehmer. Ihre Steuererklärungen 2007. Für Selbstständige, Freiberufler und Existenzgründer. Von Willi Dittmann... - Freiburg: Haufe, 2008. 624 S. ISBN 978-3-448-08162-6; € 16,95.

Steuer 2008 für Arbeitnehmer. Ihre Einkommensteuererklärung 2007. Für Arbeitnehmer, Beamte und Kapitalanleger. Von Willi Dittmann... - Freiburg: Haufe, 2008. 542 S. ISBN 978-3-448-08161-9; € 14,95.

Die beiden Bände des Steuerratgebers wenden sich an Selbstständige, Freiberufler und Existenzgründer sowie an Arbeitnehmer, Beamte und Kapitalanleger. Je nach Gruppierung wird individuell auf das Informationsbedürfnis eingegangen.

Die Jahrbücher sind übersichtlich aufgebaut. Der Leser wird Zeile für Zeile durch die amtlichen, aktuellen Steuerformulare geführt. Dabei gibt es zahlreiche Hinweise auf die anschließenden Lexikonteile in den beiden Ratgebern. Hier wird zu einzelnen Stichworten zusätzliches Steuerwissen auf dem neuesten Stand der Rechtsprechung vermittelt. Auch das Umfeld der Steuererklärung wird behandelt. Der Leser findet ein Prüfungsschema für den Steuerbescheid und Hinweise für den Einspruch. Abgerundet werden die Bände mit der Einkommensteuertabelle (Grund- und Splittingtabelle) für 2007 sowie Checklisten und Kopiervorlagen zur Steuererklärung.

Steuern sparen 2008 leicht gemacht. Von Willi Dittmann... - 6. Aufl. - Freiburg: Haufe, 2008. 384 S. ISBN 978-3-448-08445-0; € 14,95.

Diese Ausgabe bietet die lexikalischen Teile der beiden oberen Werke in einem Band sowie die ergänzenden Hinweise zum Veranlagungsverfahren 2007. Das Buch verzichtet auf die Schritt-für-Schritt-Ausfüllhilfe der Steuerformulare in Papierform, dafür führt die beiliegende CD-ROM mit der Software „QuickSteuer Compact“ durch alle amtlichen Formulare. Zudem enthält die Scheibe das Lohnsteuerermäßigungsverfahren 2008, die vereinfachte Steuererklärung und zahlreiche Muster-schreiben.

Oechsler, Jürgen: Vertragliche Schuldverhältnisse. - München: Vahlen, 2007. XXIV, 574 S. ISBN 978-3-8006-3453-8; € 23,90.

Der Band behandelt die wichtigsten Typen des Austauschvertrags im Bürgerlichen Gesetzbuch (wie Kaufvertrag, Werkvertrag, Miete, Darlehen) und die wichtigsten nicht geregelten Vertragstypen (Finanzierungsleasing, Factoring, Kreditkartenvertrag, Girovertrag). Ferner wird der gesamte Bereich des Verbraucherschutzes sowie aus dem Allgemeinen Teil des Schuldrechts die Neuregelungen der Unmöglichkeit, des Rücktritts- und Schadensersatzrechts dargestellt. Das Lehrbuch sucht bei der Vermittlung des Stoffes den Fallbezug. Im Mittelpunkt der Erörterung stehen ausgewählte Beispiele aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Nach Präsentation des Falles folgen Ausführungen zu seiner Lösung. Die Darstellung enthält konkrete Hinweise zum Klausuraufbau. Neben der Vermittlung des positiven Rechts legt das Lehrbuch einen gleichgewichtigen Schwerpunkt auf die Fallmethodik. Die Neuauflage wurde aktualisiert. Die Fortentwicklung des Vertragsrechts und die neuere Rechtsprechung sind eingearbeitet.

Greger, Reinhard und Christian Stubbe: Schiedsgutachten. Außergerichtliche Streitbeilegung durch Drittentscheidungen. - München: Beck, 2007. XXVI, 193 S. (NJW-Praxis; 66) ISBN 978-3-406-53248-1; € 35.-

Das Schiedsgutachten ist die verbindliche Klärung einer Streitfrage durch die Stellungnahme eines unabhängigen, unparteiischen und sachverständigen Dritten.

Die Neuerscheinung behandelt die wesentlichen Aspekte zum Schiedsgutachten. Das Autorenteam beleuchtet zahlreiche Anwendungsgebiete, so etwa Anlagenverträge, Baurecht, Gesellschaftsrecht/Unternehmenskauf (M&A), Qualitätsarbitrage, Versicherungsrecht, Dispute Board/Dispute Resolution Board, Expert Determination. Sie zeigen innovative Gestaltungsmöglichkeiten auf und unterbreiten Vorschläge für entsprechende Vereinbarungen. Musterverfahrensordnungen mit Erläuterungen runden den Band ab.

Haas, Ingeborg: Die neue Abgeltungssteuer. Steuern optimieren durch Vermögensumschichtung. - Freiburg: Haufe, 2008. 232 S. (Haufe aktuell) ISBN 978-3-448-08750-5; € 39,80.

Der als Abgeltungssteuer bezeichnete neue mit § 32d EStG eingeführte gesonderte Steuertarif für die Einkünfte aus Kapitalvermögen stellt die zentrale Norm der Neuregelung der Kapitalerträge dar. Betroffen von der Abgeltungssteuer sind neben den Sparern und Geldanlegern beispielsweise auch GmbH-Geschäftsführer oder Aktionäre. Zukünftig werden 25 Prozent Steuer auf alle Kapitalerträge direkt an der Quelle, beispielsweise direkt bei der Bank einbehalten und ans Finanzamt abgeführt.

Vor dem Hintergrund der neuen Besteuerung, entwickelt das Buch zahlreiche Praxisbeispiele und Arbeitshilfen für Steueroptimierungsstrategien. Der Band bietet Checklisten zu verschiedenen Kapitalanlagen, Ausschüttungsbeschlüsse, ein Glossar zu den wichtigsten Anlageformen und eine Gegenüberstellung der alten und neuen Rechtslage. Die Fachanwältin für Steuerrecht erläutert praxisorientiert wie die Übergangszeit noch genutzt werden kann, um durch entsprechende Gestaltung die Steuern zu begrenzen.

BRH-Taschenbuch 2008: Der aktuelle Ratgeber für Versorgungsempfänger, Rentner und Hinterbliebene. Mit hilfreichen Hinweisen für den Seniorenalltag. Hrsg. von Wilhelm Schmidbauer und Nicole Banten. - Regensburg: Walhalla, 2008. 191 S. ISBN 978-3-8029-1367-9; € 14,50.

Das Jahrbuch informiert die Pensionäre, Rentner oder Hinterbliebenen von ehemaligen Angehörigen des öffentlichen Dienstes über die neuesten gesetzlichen Änderungen. Die aktuelle Ausgabe informiert - gegliedert nach sachlichen Gesichtspunkten - Senioren über für sie besonders interessante Änderungen im Versorgungs-, Beihilfe-, Rentenversicherungs-, Kranken- und Pflegeversicherungsrecht:

- Einmalzahlung, Sonderzahlung, Anpassung von Bezügen und Versorgung
- Beihilfefähigkeit von Wahlleistungen
- Aktueller Stand der Gesundheitsreform und Wahltarife
- Arzneimittel: gesetzliche Zuzahlung
- Reform der Pflegeversicherung: Schwerpunkte des Gesetzes mit Berechnungsbeispielen
- Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre
- Rente Ost: Sind Jahresendprämien als Einkommen zu werten?
- Versicherungen: Welche ist sinnvoll und geeignet?
- Das neue Versicherungsvertragsgesetz
- Steuervergünstigungen, Steuerfreiheit für Senioren

Abgerundet wird das Jahrbuch durch die Besondere Monatslohnsteuertabelle 2008 und einige Hinweise für den Seniorenalltag.

Hensler, Martin: Partnerschaftsgesellschaftsgesetz. PartGG. Kommentar. - 2. Aufl. - München: Beck, 2008. XXVI, 408 S. ISBN 978-3-406-55673-9; € 48.-

Das Gesellschaftsrecht der Freien Berufe hat sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt. Mit Inkrafttreten des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes (PartGG) wurde die Partnerschaft als neue Gesellschaftsform für Freiberufler eingeführt. Der Kommentar gibt einen Überblick über das Partnerschaftsgesellschaftsrecht und bietet anhand von praktischen Erfahrungen und Gerichtsurteilen konkrete praxisnahe Hinweise. Er gibt dem Praktiker einen Leitfaden für wichtige Fragen von der Gründung der Gesellschaft, über deren freiberufliche Tätigkeit bis hin zu ihrer eventuellen Auflösung. Ein umfangreicher Vergleich der Partnerschaft mit anderen Gesellschaftsformen im Hinblick auf Organisation, Haftung und Besteuerung ermöglicht dem Benutzer, die für ihn richtige Wahl zu treffen. Der Band informiert über spezifische Besonderheiten einer Gesellschaftsgründung, die sich z.T. aus den Berufsordnungen ergeben. Die Einbeziehung der einschlägigen Vorschriften des HGB in die Kommentierung rundet die Darstellung ab. Zahlreiche Beispiele, Vertrags- und Formulierungsmuster sowie praktische Hinweise ergänzen den Band aus der gelben Reihe des Beck-Verlages.

Schaller, Hans: Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), Teile A und B. Kommentar. - 4. überarb. und erw. Aufl. - München: Beck, 2008. XV, 807 S. ISBN 978-3-406-55525-1; € 64.-

Die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) enthält Grundsätze und Regelungen für die Vergabe und Ausführung von

Leistungen durch die öffentliche Hand, die nicht Bauleistungen sind. Diese „Einkaufsvorschriften“ der öffentlichen Hand bei der Vergabe von Dienst- und Lieferleistungen haben in der Praxis einen sehr großen Anwendungsbereich. Die Neuauflage berücksichtigt die Vergaberechtsreform 2006.

Wichtige Änderungen betreffen u.a. die:

- Zulassung innovativer Kommunikationsmittel
- Anforderungen an die elektronische Vergabe
- Regelung über Rahmenvereinbarungen
- Aufnahme zwingender Ausschlussgründe für Teilnehmer am Wettbewerb
- Zulassung so genannter Generalübernehmervergaben (Kapazitäten Dritter)
- erweiterten Mindestangaben im Vergabevermerk
- Regelungen des ÖPP- Beschleunigungsgesetzes.

Neben den Rechtsänderungen wurden auch zahlreiche Leitentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, der nationalen Vergabesenate, des Bundeskartellamtes sowie der übrigen Vergabekammern berücksichtigt. Einschlägige Vorschriften zur Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien im nationalen Bereich und Vergabegesetze der Länder sind abgedruckt.

Handbuch der konsularischen Praxis. Begründet von Gottfried Hecker. Hrsg. von Gerhard Müller-Chorus. Bearb. von Thietmar Bachmann... - 3. Erg.-Liefg. - Stand: Aug. 2007 - München: Beck, 2008. - Loseblattausg. in 1 Ordner. ISBN 978-3-406-42814-2; Grundwerk € 238.-

Das Handbuch ist ein wichtiges Arbeitsmittel für die deutschen Auslandsvertretungen (Botschaften und Konsulate) und für Honorarkonsuln und Standesbeamte. Das Werk wurde von Konsularbeamten für Konsularbeamte geschrieben. Das Handbuch ist thematisch weit gespannt. Es umfasst die völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und konsularrechtlichen Grundlagen. Es unterstützt den Konsularbeamten im Beurkundungswesen, in der internationalen Rechts- und Amtshilfe, in der Zivilpflege, in verwaltungsrechtlichen und sozialen Angelegenheiten. Rechts-

schutz in Strafsachen und Amtshaftung sind weitere Aspekte. Umfangreiche Materialien insbesondere Formulare und Rechtsvorschriften sind mit Hilfe des ausführlichen Sachverzeichnisses gut auffindbar.

Die Schwerpunkte der zahlreichen Aktualisierungen mit Stand August 2007 liegen in den Bereichen diplomatischer und konsularischer Schutz, Datenschutz, Schiffsfahrts- und Seemannsangelegenheiten und im Visumrecht.

Arbeitsicherheit. Vorschriften des technisch-sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes sowie der Arbeitsicherheit. Nipperdey II. Textsammlung. Hrsg. v. Norbert Franz Kollmer. - 36. Erg.-Liefg. - Stand: Okt. 2007 - München: Beck, 2008. - Loseblattausg. in 1 Ordner. ISBN 978-3-406-38398-4; Grundwerk € 68.-

Die Loseblattausgabe umfasst aufgrund EU-rechtlicher Entwicklungen nicht nur die Vorschriften zur Sicherheit am Arbeitsplatz, sondern auch weite Teile des Vermarktungsrechts technischer Erzeugnisse. Die Textsammlung beinhaltet

- die personelle Organisation der betrieblichen Sicherheit
- die Vorschriften zur Sicherheit der Arbeitsstätte
- die Vorschriften zur Geräte- und Anlagensicherheit
- die Vorschriften über gefährliche Stoffe, Gefahrguttransport und Strahlenschutz
- die Grundlagen des autonomen Rechts der Unfallversicherungsträger
- den sozialen Arbeitsschutz
- die Zuständigkeiten von Bundes- und Landesbehörden.

Die 36. Lieferung enthält u.a. die Änderungen des Medizinprodukterechts, der ArbeitsstättenVO, der Chemikalien-Straf- und BußgeldVO, des Infektionsschutzgesetzes sowie die neue Arbeitsstättenregel-Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung (ASR A1.3).

Die behördlichen Zuständigkeiten werden künftig in einem neuen Kapitel zusammenfassend dargestellt. Neu aufgenommen wurden das neue Bundesnichtraucherschutzgesetz und die neuen Technischen Regeln für Betriebssicherheit.